

## Die kommunale Frauenarbeit im Kriege.

Von Jenny Apolant (Frankfurt).

Die Ergebnisse zweier Umfragen der Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau in Frankfurt zeigen ein interessantes Bild der Entwicklung kommunaler Frauenarbeit in Deutschland. Die eine Umfrage behandelt den neuesten Stand der Gemeinbearbeitung der Frau in 45 Großstädten, die zweite, die an 579 Verwaltungen von Stadt- und Landgemeinden gerichtet war, die Einordnung der Frau in die verschiedenen Organisationen kommunaler Kriegsfürsorge. Ein Vergleich des aus den Großstädten neu gewonnenen Materials mit dem aus den Jahren 1910 und 1913 vorliegenden ergibt zunächst ein überraschend schnelles zahlenmäßiges Anwachsen der weiblichen Hilfskräfte, ferner die Eröffnung einiger neuer Arbeitsgebiete und schließlich eine Vertiefung des Arbeitsinhaltes durch starke Zunahme der mit organisatorischen Aufgaben verbundenen Vemter.

Naturngemäß hat die freiwillige Hilfsstätigkeit ein bedeutendes zahlenmäßiges Übergewicht über die besoldete, die erst im letzten Jahrzehnt in bemerkenswerter Weise einsetzt. Die weitaus größten Zahlen weist die ehrenamtliche Waisenspflege mit 7224 und die freiwillige Armenpflege mit 2623 Pflegerinnen auf. Das bedeutet in beiden Fällen eine Zunahme von 56 Prozent während der letzten fünf Jahre. Es erübrigt sich, auf den Kulturwert hinzuweisen, der allein in diesen Zahlen steckt. Wenn in der gleichen Zeitspanne die Zahl der besoldeten Frauen in der Armen-, Waisen-, Säuglings- und Jugendpflege von 325 auf 609 gestiegen ist, also um 87 Prozent zugenommen hat, so spricht diese Tatsache besser als alle theoretischen Erwägungen für die notwendige Ergänzung der freiwilligen Hilfsarbeit durch die berufsmäßige und besoldete ausgebildet. Es wäre gewiß durchaus nicht wünschenswert, die freiwillig tätigen Kräfte auszuschalten, denn gerade in der Freiwilligkeit liegt eine gewisse Sicherheit für eine individuelle Behandlung des einzelnen Falles und für die Anknüpfung wertvollster menschlicher Beziehungen zwischen Angehörigen verschiedener sozialer Klassen, aber die freiwillige Hilfsarbeit allein vermag den Anforderungen unserer großstädtischen Verhältnisse gegenüber vollständig. Die pflegerische Behandlung der stark fluktuierenden armen Bevölkerung, besonders der Kinder und Säuglinge, erfordert ein Maß an Zeit und Kenntnissen, das nur die berufsmäßig arbeitende, gut geschulte Kraft aufbringen kann. Gewann diese Erkenntnis schon während der letzten Friedensjahre eine immerwachsene Anhängerenschaft, so dürfte sie jetzt, da kein Problem so viel Interesse und Verständnis findet, wie das der generativen Fürsorge unseres Volkes, Allgemeinut aller an der praktischen Wohlfahrtspflege beteiligten Kreise und vor allem der maßgebenden Stellen innerhalb der Gemeindeverwaltungen werden. Geradezu unentbehrlich erscheint gründlichste Schulung auf drei den Frauen erst seit einigen Jahren erschlossenen Arbeitsgebieten: der Schul-, Polizei- und Wohnungspflege. Die Zahl der angestellten Schulschwesterinnen und Pflegerinnen ist in den deutschen Großstädten seit 1910 von 4 auf 65 gestiegen, wohl ein deutlicher Beweis für die Bedeutung, die man dieser Arbeit innerhalb der Schulgesundheitspflege zuerkennt. Auch hier dürfte infolge der durch den Krieg geschaffenen Verschärfung der Verhältnisse, besonders der körperlichen und sittlichen Notstände kinderreicher Familien eine Betonung der Richtung zu erwarten sein, die auf diesem Gebiet jedes dilettantische und zufällmäßige Arbeiten auszuschließen wünscht. Dasselbe gilt von der Arbeit der Polizeiassistentinnen, deren absolute Zahl noch gering ist, 36 in unseren Großstädten, aber eine Zunahme von 140 Prozent innerhalb der letzten fünf Jahre aufweist.

Zahlenmäßig am geringsten, sozial vielleicht am bedeutungsvollsten ist die berufsmäßige Mitwirkung der Frau innerhalb der kommunalen Wohnungspflege. Im Jahre 1910 gab es in keiner deutschen Großstadt eine Wohnungspflegerin, 1913 waren es 7, 1915 17. Diese rasche Zunahme, die übrigens von den ländlichen Bezirken, besonders von den Amtshauptmannschaften des Königreichs Sachsen, noch übertroffen wird, beruht auf der Erkenntnis, daß die Frau als Frau auf dem Gebiet der Wohnungspflege Eigenes, Unerfessliches zu geben hat. Sie treibt Familienpflege im besten Sinne des Wortes, vorausgesetzt, daß sie praktischen Sinn, Menschenkenntnis und Verständnis für die sozialen Zusammenhänge besitzt. Die praktische Arbeit innerhalb der Wohnungspflege darf nicht mit der ehrenamtlichen Mitwirkung der Frauen in städtischen Wohnungsausschüssen oder Kommissionen verwechselt werden. Diese Mitarbeiterinnen nehmen auch ge-

gentlich an Besichtigungen teil, der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt jedoch auf der theoretischen, organisatorischen Seite. Ihre Zahl ist seit 1910 von 16 auf 64 gestiegen. Sehr stark ist auch die Zunahme der in anderen städtischen Verwaltungskörperschaften mitarbeitenden Frauen, so weisen die verschiedenen Abteilungen der Schulverwaltung einen Anstieg von 104 auf 334 (221 Prozent), andere Deputationen und Kommissionen, wie solche für Armen-, Waisen- und Gesundheitspflege, Krankenanstalten usw. ein Anwachsen von 58 auf 253 (336 Prozent) auf. Bezieht sich das angeführte Zahlenmaterial auch nur auf die Großstädte, so darf nach vielen Stichproben angenommen werden, daß die Gesamtentwicklung der hier geschilderten parallel läuft.

Die Einwirkung des Krieges auf die kommunale Frauenarbeit äußert sich nicht, wie vielfach erwartet wurde, in einer sprunghaften Veränderung der Entwicklungslinie, sondern in einer Verdichtung der Arbeit auf bestimmten Gebieten, während die übrigen keine wesentliche Beeinflussung durch die Kriegsfolgen zeigen. Es würde zu weit führen, hier auf die Kriegsvorteilungen einzugehen, die eine große Anzahl von Frauen in städtische Büros hineinbrachten und einigen Akademikerinnen ihnen früher verschlossene höhere Stellungen eröffneten. Es sei vor allem an die vielen tau-

sende arbeitswilliger Frauen erinnert, die sich bei Kriegsbeginn den Verwaltungen als Helferinnen in der kommunalen Kriegsfürsorge, besonders als Ermittlerinnen, zur Verfügung stellten. Da die Frauen für die innere Mobilmachung durchaus nicht gerüstet waren, brachte sie ihnen besonders in der ersten Zeit manche Schwierigkeit und manche bittere Erfahrung; im allgemeinen vollzog sich das Zusammenarbeiten von Kommunen und Frauen ohne große Hemmungen und zur gegenseitigen Befriedigung. Es darf erwartet werden, daß sich aus den treuen Mitarbeiterinnen der Kriegsfürsorge ein Stamm praktisch gut geschulter Hilfskräfte für die kommunale Armen- und Waisenspflege herausbildet. Viele Städte haben die Organe der städtischen Armenpflege für die Aufgaben der Kriegsfürsorge verwandt und ihre Zahl der stärkeren Arbeitslast entsprechend erhöht. Sehr erfreulich ist der Wunsch einer Reihe unserer Stadtverwaltungen, die während des Krieges in die kommunale Wohlfahrtspflege neu eingestellten besoldeten weiblichen Hilfskräfte, besonders in der Jugendpflege und an Arbeitsämtern, nach Friedensschluß in ihren Stellungen zu belassen.

Die Folgen des Millionenkampfes äußern sich aber auch in einer sachlichen Beeinflussung der kommunalen Frauenarbeit durch Aufnahme weiblicher Mitglieder in eine größere Anzahl neu geschaffener oder ausgehuter städtischer Ausschüsse. Während vor dem Krieg gewöhnlich erst eine betrübende Menge von Petitionen in den Papierkörben der Verwaltungen verschwand, ehe es gelang, eine Frau in einen Verwaltungszweig hineinzubringen, vollzog sich jetzt die Einordnung einer großen Anzahl mit erfreulicher Ruhe und Selbstverständlichkeit. Nach den übereinstimmenden Urteilen vieler Verwaltungen wurden die Frauen sachfördernde, wertvolle Mitarbeiterinnen in städtischen Kriegskommissionen, Mietseinerungsämtern, Wohlfahrtsausschüssen, Lebensmittelkommissionen, in den staatlichen Preisprüfungsstellen, in den Preisorganisationen für Kriegsbeschädigte. Auch die Unterstützungskommissionen der Lieferungsverbände nahmen gern weibliche Mitglieder auf, manchmal sogar, wenn ihnen nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Städteordnungen die rechtliche Grundlage für diese Erweiterung durch nicht stimmfähige Bürger fehlte.

Die organisierte Frauenbewegung glaubt, daß die gesetzlichen Schranken, die der Mitarbeit der Frauen in öffentlichen Vemtern noch entgegenstehen, nach dem Kriege fallen werden. Die harte Not des letzten Jahres offenbarte den Verwaltungen deutlicher als irgend eine Zeit vorher den ungehobenen Schatz vieler arbeitsfroher, warmherziger Frauen. Sie zeigte ihnen aber auch, wie wertvoll es ist, diese Kräfte nicht allein bei den pflegerischen Aufgaben zu verwerten, sondern auch an Stellen, wo es sich um die Entscheidung prinzipieller Fragen und um die Lösung organisatorischer Probleme handelt. Darum dürfen sich die Frauen der Hoffnung hingeben, daß ihnen der Frieden das Recht auf die freie Auswirkung ihrer Kräfte bringen wird, nicht um ihrer selbst, sondern um der Allgemeinheit willen, und daß sie die Verwaltungen an ihrer Seite finden werden, wo immer es gilt, eine neue tüchtige „Stadtmutter“ zu gewinnen.